



Vorlage Nr. 19-O-07-0023

Tagesordnungspunkt 11

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden-Biebrich am 21. Mai 2019

Umweltrisiken durch neues Lager der Gefahrstoffe im Industriepark Kalle-Albert (DIE LINKE)

Aus der Präsentation der Fa. InfraServ im Ortsbeirat im Oktober 2018 und Pressemeldungen ist bekannt, dass im Westen des Industrieparks Kalle-Albert vom Betreiber Infraserb ein zweites zentrales Gefahrstofflager mit einer Kapazität von 2640 Tonnen errichtet werden soll, das die bisherige dezentrale Lagerung bei den Firmen entbehrlich machen soll. Ein zentrales Lager im Osten des Geländes mit einer Kapazität von 2000 Tonnen sei bereits vorhanden. Bewegliche Behälter mit einem Fassungsvermögen von jeweils einer Tonne sollen im neuen Lager aufgenommen werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung sei nicht notwendig, da keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten seien. Die Antragsunterlagen zur Genehmigung lägen bis zum 28. Mai 2019 beim Regierungspräsidium, Standort Lessingstraße 16 aus, schriftliche Einwendungen seien bis zum 11. Juni 2019 möglich. Es handele sich bei den Gefahrstoffen um brennbare, leicht entzündliche und wassergefährdende Stoffe.

Keinerlei Erwähnung fand in der Präsentation der Fa. InfraServ und in der Presse vor der letzten Sitzung des städtischen Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 7. Mai 2019 der Umstand, dass der Industriepark Kalle-Albert in der Flugschneise des Flugplatzes Erbenheim des europäischen Hauptquartiers der US Army (USAREUR) liegt.

Der Umstand, dass von der Lagerung von Gefahrstoffen in großen Mengen auf dem Industriepark-gelände und Flugbewegungen über dieses Gelände in Verbindung mit dem Flugplatz Erbenheim besondere Risiken ausgehen, war Anlass für die Landeshauptstadt Wiesbaden eine wissenschaftliche Risikoanalyse in Auftrag zu geben, deren Ergebnis Ende 2013 vorgelegt wurde.

In diese Analyse gingen selbstverständlich die Quantität und Qualität sowie die räumliche Verteilung der Gefahrstoffe auf dem Gelände ein. Es ist möglich, dass die jetzt vorgesehene Zentralisierung der Lagerung von Gefahrstoffen das seinerzeit festgestellte Risiko erhöht. Zum seinerzeit vorhandenen Risiko stellten die Gutachter*innen fest:

"Die Risikoberechnung hat gezeigt, dass das Risiko für die Bevölkerung im *Ist-Zustand*, d.h. bei der derzeitigen Anzahl von Überflügen...nahe an der oberen Akzeptanzlinie liegt. Daher sind Untersuchungen möglicher Maßnahmen zur Risikoreduktion erforderlich...Werden die Flugbewegungen auf 17.000 pro Jahr gesteigert, so ist eine Akzeptierbarkeit...nicht mehr gegeben (S.6/86, Hervorhebung in der Risikoanalyse).

Die geplante Zentralisierung der Lagerorte und damit die Lagerung der bisher dezentral gelagerten Gefahrstoffe an einem Ort erfordern unbedingt eine Aktualisierung der Risikoanalyse.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Ortsbeirat fordert den Magistrat auf, auf dem Hintergrund der bereits im Jahr 2013 festgestellten Risiken gegen das von Infraser geplante zweite zentrale Gefahrstofflager auf dem Industrie-gelände Kalle-Albert beim Regierungspräsidium den Einwand erheben, dass für das zusätzliche zentrale Gefahrstofflager angesichts des möglichen Risikos im Falle eines Flugzeugabsturzes ohne eine aktuelle Risikoanalyse keine Genehmigung erteilt werden darf. Dabei stützt sich der Ortsbeirat auch auf den einstimmigen Beschluss des städtischen Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 7. Mai 2019. Sollte die Genehmigungsbehörde der Einwendung nicht folgen, sind unverzüglich weitere rechtliche Schritte zu prüfen und unter Beachtung der Fristen zu ergreifen.

Beschluss Nr. 0050

Der Antrag wird abgelehnt.

+

+

Verteiler:

1004 z.d.A.

Hahn
Ortsvorsteher